

Die einzelnen Punkte des Konsolidierungskonzeptes werden wie folgt beraten:

4.1 Bildung eines Hausmeisterpools

Seitens der Ausschussmitglieder wird befürchtet, dass durch die Bildung eines Hausmeisterpools die Verantwortlichkeit der einzelnen Hausmeister für die Schulen nicht mehr in dem Maße gegeben ist. Des Weiteren könnte hierdurch ein höherer Einsatz von Fremdfirmen notwendig sein. Seitens der Ausschussvorsitzenden wird festgestellt, dass hierdurch eine weitere hohe Belastung für die Schulhausmeister eintritt.

Der Sachverhalt soll nach Vorlage der Erkenntnisse aus dem Vergleichsring KGST erneut beraten werden.

Die Bildung eines Hausmeisterpools wird zurückgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, den flexibleren Einsatz der Hausmeister hinsichtlich ihrer Fähigkeiten zu überprüfen und erneut vorzulegen.

4.2 Schulbudgets

Seitens der Ausschussmitglieder wird geltend gemacht, dass hierdurch der Sparwille der einzelnen Schulen verhindert wird. Eine Ansparung von Mitteln für das Folgejahr sei dann nicht mehr ausreichend möglich. Es wird befürchtet, dass dann sämtliche Gelder am Jahresende ausgegeben werden.

BM Böhling weist darauf hin, dass Einsparungen in allen Bereichen erforderlich sind.

Die Ausschussvorsitzende führt aus, dass die Schulbudgets seit Jahren konstant sind und somit bereits eine Einsparung eingetreten ist.

Auf Nachfrage wird seitens der Verwaltung mitgeteilt, dass die Schulbudgets anhand der Schülerzahlen festgesetzt werden, da diese rückläufig sind, könnte eine Neuberechnung des Budgets anhand der Schülerzahlen erfolgen, um hierdurch eine Einsparung zu erzielen. So soll verfahren werden.

Es erfolgt eine Neuberechnung der Schulbudgets nach den aktuellen Schülerzahlen.

5.1 Reduzierung Anzahl der Kinderspielplätze

Auf Nachfrage teilt BM Böhling mit, dass die Überprüfung der Spielplätze im Wesentlichen durch statistische Erhebungen der Einwohnerstruktur erfolgt.

RM Freygang weist darauf hin, dass es sich bei dem Haushaltskonsolidierungskonzept um eine Ideensammlung handelt, welche in der Zukunft umgesetzt werden könnte.

RM Wolken bittet um Überprüfung, welche Spielplätze betroffen sind und um Vorlage des Ergebnisses im Ausschuss. Entsprechend ist zu verfahren.

Die Reduzierung der Anzahl der Kinderspielplätze wird zurückgestellt, bis das Ergebnis der Prüfung durch die Verwaltung vorliegt.

5.2 Überprüfung des Erfordernisses aller Spielplätze nach dem Nieders. Spielplatzgesetz

Auf Vorschlag der Ausschussvorsitzenden sollten nicht genutzte Spielplätze nicht nur als Bauplätze überplant werden, sondern auch hinsichtlich der Umgestaltung und Pflege zur gemeinschaftlichen Nutzung (z. B. als Treffpunkt für gemeinsame Freizeitgestaltung) den Anwohner angeboten und übertragen werden.

BM Böhling weist darauf hin, dass dann auf die Stadt höhere Kosten als heute zukommen könnten.

5.3 Sozialpass

RM Freygang weist darauf hin, dass die Inanspruchnahme des Sozialpasses in der Zukunft aufgrund der Anzahl von Arbeitslosengeld II-Empfänger wachsen wird.

RM Bödecker lehnt eine Kürzung von Mitteln bei den sozialschwächsten Bevölkerungsgruppen ab.

Eine Reduzierung der Leistungen wird abgelehnt.

Die Einstellung des Sozialpasses wird abgelehnt.

8.10 Straßensozialarbeit

RM Freygang spricht sich – wie weitere Ausschussmitglieder – gegen diesen Vorschlag aus.

RM Wolken bittet vor einer abschließenden Entscheidung um Vorlage eines Tätigkeitsberichtes des derzeit tätigen Straßensozialarbeiters (Anmerkung der Verwaltung: Der Bericht wird in der nächsten Sitzung des Schul-, Jugend- und Sozialausschuss am 12. Oktober 2005 vorgelegt.)

BM Böhling weist darauf hin, dass die Stadt hier freiwillige Aufgaben leistet und sich der Landkreis Friesland finanziell nicht beteiligt.

8.11 Reduzierung der Geschäftsausgaben

Auf Vorschlag von BM Böhling schließen sich die Ausschussmitglieder einer Kürzung der Geschäftsausgaben um 3 % an.

Die Geschäftsausgaben werden um 3 % gekürzt.

Das Haushaltskonsolidierungskonzept wird mit den Änderungen zustimmend zur Kenntnis genommen.